
These 3

Die Wiedervereinigung ist auf das Ineinandergreifen verschiedener Entwicklungen – massenhafte Ausreise, Bürgerbewegung, handlungsunfähiges SED-Regime, Masendemonstrationen, internationale Rahmenbedingungen und den Wunsch nach Einheit im Osten und im Westen – zurückzuführen. Helmut Kohl wusste die Chance zu nutzen und verwirklichte mit Zustimmung aller europäischen und internationalen Partner – den USA, der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich – die deutsche Einheit.

— . — . —

Helmut Kohl nutzt entschlossen die Chance zur deutschen Einheit

Horst M. Teltschik

Es ist immer wieder eindrucksvoll zu erfahren, wie die Zahl der Väter der Wiedervereinigung von Jahr zu Jahr wächst, und wer alles unablässig für die Wiedervereinigung Deutschlands gearbeitet habe. Folgt man der Argumentation der SPD und ihrer Apologeten, dann ist die Wiedervereinigung hauptsächlich der Ostpolitik von Willy Brandt zu verdanken. Sie wollen vergessen machen, dass sich noch in der SPD-Präsidiumssitzung nach der berühmten „Zehn-Punkte-Rede“ von Helmut Kohl im November 1989 nur drei Mitglieder für die Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen haben.

Natürlich war die Ostpolitik Willy Brandts eine wichtige Weichenstellung für eine Politik der Entspannung und der Zusammenarbeit mit dem Osten. Doch hatte nicht Konrad

Adenauer 1955 die diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion aufgenommen und die Rückkehr aller deutschen Kriegsgefangenen erreicht? Und war es nicht der CDU-Außenminister Gerhard Schröder, der 1961 mit Unterstützung des Bundeskanzlers Ludwig Erhard über die Einrichtung von Handelsvertretungen und den Abschluss von Handelsabkommen mit Polen, Ungarn und Rumänien weitere Schritte in Richtung einer neuen Ostpolitik einleitete?

Wichtiger noch: Wäre Willy Brandts Ostpolitik überhaupt möglich gewesen ohne vorherige Einbindung Westdeutschlands 1955 in die Atlantische Allianz und 1957 in die Europäische Gemeinschaft gegen den Widerstand der SPD? Wie groß das Misstrauen unserer westlichen Nachbarn gegenüber einem möglicherweise wieder neutralen oder sich desintegrierenden Deutschland war, konnten wir doch 1989 erfahren, als zur Überraschung von Bundeskanzler Helmut Kohl selbst der französische Präsident François Mitterrand zögerte, ganz zu schweigen von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, die Politik der Bundesregierung zur Wiedererlangung der deutschen Einheit zu unterstützen. Ähnliches galt für den niederländischen Premierminister Ruud Lubbers und den italienischen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti. Erst die Zusicherung von Bundeskanzler Helmut Kohl, die Wirtschafts- und Währungsunion zu verwirklichen und seine Initiative für eine Politische Union im Januar 1990 sowie seine kompromisslose Haltung, dass ein geeintes Deutschland Mitglied der NATO sein müsse, haben die bestehenden Bedenken unserer westlichen Bündnispartner weitgehend ausräumen können.

Unbestreitbar ist auch, dass der Erfolg der Europäischen Gemeinschaft (EG) eine wichtige Funktion für die Erosion des sowjetischen Bündnissystems hatte. Die EG wurde weltweit zu einem Vorbild für eine Politik der Versöhnung, der Freundschaft und engen Zusammenarbeit zwischen

ehemaligen Erzfeinden, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich.

Auch die Atlantische Allianz hatte bereits im Dezember 1967 eine neue Sicherheitsstrategie beschlossen. In dem sogenannten Harmel-Bericht über die künftigen Aufgaben der Allianz hatten sich alle Mitglieder auf eine Doppelstrategie verständigt, in der es wörtlich hieß: „Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar.“ Das war eine weise Formel und gewissermaßen das Sicherheitsnetz für Willy Brandts Ostpolitik. Diese NATO-Strategie hat die Politik aller Bundesregierungen seit 1969 bis zur Wiedervereinigung Deutschlands bestimmt.

Der harten innenpolitischen Auseinandersetzung über die Ostverträge von Willy Brandt lag die Sorge der Union zugrunde, ob die Verträge nicht zu einer endgültigen völkerrechtlichen Anerkennung des Status quo in Europa und vor allem der Teilung Deutschlands führen. Ein solches Ergebnis war ja auch im erklärten Interesse der sowjetischen Führung. Deshalb setzten CDU/CSU mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages im August 1970 den „Brief zur deutschen Einheit“ durch. Allerdings verlief die Übergabe in Moskau seitens der Bundesregierung etwas dubios.

Dass eine Oppositionspolitik aber auch zu weit gehen kann, zeigte die unverständliche Ablehnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki von 1975 seitens der Unionsparteien. Die Schlussakte wirkte für immer mehr Menschen in den kommunistischen Staaten wie eine Sauerstoffzufuhr. Václav Havel schrieb 1987 zum 10. Jahrestag der Charta 77: „Der Körper, der tot zu sein schien, gab auf einmal wieder Lebenszeichen. Die Geschichte kehrte zu uns zurück. Das Ende öffnete sich wieder“.

Bei aller Euphorie über die Entspannungspolitik haben viele Zeitzeugen vergessen, dass bereits ein Jahr nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte am 1. August 1975

in Helsinki, also am Höhepunkt der Entspannungspolitik, die Sowjetunion mit Generalsekretär Leonid Breschnew begonnen hatte, nukleare Mittelstreckenraketen (SS 20) aufzustellen und ein neues Wettrüsten einzuleiten. Diese SS 20 waren ausschließlich auf Westeuropa gerichtet, vor allem auf die Bundesrepublik, die der Hauptmotor für eine Politik des Dialogs und der Entspannung war und sein wollte. 1979 marschierte die Sowjetunion in Afghanistan ein. 1980 wurde Andrei Sacharow nach Gorki in die Verbannung geschickt, weil er es gewagt hatte, öffentlich gegen den Einmarsch in Afghanistan zu demonstrieren. Diese Politik der Sowjetunion sprach jeder Entspannungspolitik Hohn.

Es war Bundeskanzler Helmut Schmidt, der als erster in einer Rede am 28. Oktober 1977 vor dem Londoner *International Institute for Strategic Studies* auf diese Entwicklung und auf die damit verbundene nukleare Erpressbarkeit Westeuropas hinwies. Das führte dann am 12. November 1979 zu dem bekannten Doppelbeschluss der NATO. Auf der Grundlage der Harmel-Strategie war das ein konsequenter Schritt: Sicherheit und Entspannung als die zwei Seiten einer Medaille.

Doch die Sowjetunion war zu einer Null-Lösung für nukleare Mittelstreckenraketen nicht bereit. Das musste Bundeskanzler Helmut Schmidt erfahren, als Breschnew im November 1981 zu einem viertägigen Besuch nach Deutschland kam. Das musste Bundeskanzler Helmut Kohl erfahren, als er im Juli 1983 mit Generalsekretär Jurij Andropow in Moskau zusammentraf. Dieser drohte mit der Errichtung eines Raketenzaunes und mit der Gefahr eines dritten Weltkrieges, wenn Deutschland amerikanische nukleare Mittelstreckenraketen stationieren werde.

Heute wissen wir, dass damals die sowjetische Führung auch auf die sogenannte Friedensbewegung in Westeuropa, vor allem in Deutschland, gesetzt hat. Rund 500.000 De-

monstranten auf den Bonner Rheinwiesen blieben nicht ohne Resonanz in der SPD. Helmut Schmidt hatte 1983 keine Mehrheit mehr für seine Politik in seiner eigenen Partei und Fraktion. Die Auswirkungen der Friedensbewegung reichten auch bis in das Präsidium der CDU. Öl in das Feuer goss 1983 Präsident Ronald Reagan mit seiner *Strategic Defense Initiative* (SDI).

1983/84 erlebten wir einen neuen Höhepunkt des Kalten Krieges. Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher hielten dennoch konsequent am Doppelbeschluss der NATO fest, gemeinsam mit allen anderen europäischen NATO-Partnern. Unvergessen ist Mitterrands Rede im Januar 1983 im Bundestag, in der er zur Enttäuschung der SPD für die Nachrüstung eintrat. Obwohl nach Umfragen die deutliche Mehrheit der Deutschen gegen die Nachrüstung war, gewann Helmut Kohl im gleichen Jahr die Wahlen. Das ist ein Beweis dafür, dass Politiker auch mit unpopulären Entscheidungen Wahlen gewinnen können, wenn die Entscheidung richtig ist und wenn die Wähler erkennen, dass die Politiker wissen, was sie wollen, dafür kämpfen und sich mit vollem Risiko der Wahl stellen.

Hätte die Bundesregierung 1983 dem Druck der Sowjetunion und der Friedensbewegung nachgegeben, stünden heute noch nukleare Mittelstreckenraketen in Russland. Heute gibt es sie auf beiden Seiten nicht mehr. Wichtiger aber noch wäre für die Sowjetunion die Erfahrung gewesen, dass Kriegsdrohungen und die Mobilisierung der „Straße“ ausreichen, um den Westen daran zu hindern, seinen eigenen Sicherheitsinteressen gerecht zu werden. Doch Moskau musste erkennen, dass die NATO entschlossen war, der sowjetischen Aufrüstung Paroli zu bieten.

Was haben diese Entscheidungen mit der Wiedervereinigung zu tun? Die Entscheidung der NATO, amerikanische nukleare Mittelstreckenraketen in Europa als Antwort auf

die Stationierung der sowjetischen Systeme zu stationieren und die von Präsident Reagan 1983 angekündigte Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) haben das Politbüro in Moskau bewogen, einen Kurswechsel einzuleiten. Die sowjetische Führung wusste, dass sie sich ein neues Wett-rüsten mit dem Westen nicht mehr leisten konnte. Prä-sident Michail Gorbatschow hat mir das mehrfach berich-tet. Er war es auch, der eine neue Politik gegenüber dem Westen einleiten sollte.

Die Jahre 1983/84 führten jedoch erst einmal zu einem fast völligen Stillstand in den Ost-West-Beziehungen, ins-besondere zwischen Moskau und Washington. Im Herbst 1983 wurde Andropow ins Krankenhaus eingeliefert und starb im Februar 1984. Ihm folgte der kranke 73-jährige Konstantin Tschernenko, der bereits im März 1985 sterben sollte. Helmut Kohl, der seit seiner Regierungsübernahme versucht hatte, die Beziehungen nicht nur zur Sowjetuni-on, sondern vor allem zu den mitteleuropäischen War-schauer Pakt-Staaten auf eine neue Grundlage zu stellen und zu intensivieren, einschließlich zur DDR, sah sich mit dem von Moskau verordneten Stillstand der Beziehun-gen konfrontiert. Nur der rumänische Staatspräsident Ni-colae Ceaușescu folgte 1984 einer Einladung des Bundes-kanzlers nach Bonn.

Es war deshalb das vorrangige Interesse Helmut Kohls, die Ost-West-Beziehungen wieder in Gang zu bringen. Nach der Wiederwahl von Präsident Ronald Reagan am 6. November 1984 reiste der Bundeskanzler nach Washing-ton. In einem Gemeinsamen Kommuniqué erklärte sich Präsident Reagan bereit, die Gipfeldiplomatie und Abrüs-tungsverhandlungen mit der Sowjetunion wieder auf-zunehmen. Damit stellte Helmut Kohl sicher, dass die Ent-spannungspolitik eine neue Chance bekam. Zu Hilfe kam die Ernennung von Michail Gorbatschow zum neuen Ge-neralsekretär der KPdSU im März 1985. Acht Monate spä-

ter kam es zum ersten Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow in Genf. Das zweite Gipfeltreffen folgte im Oktober 1986 und im Dezember 1987 unterzeichneten beide in Washington das INF-Abkommen: die völlige Abrüstung aller nuklearen Mittelstreckenraketen. Die Gipfel-diplomatie hatte volle Fahrt aufgenommen.

Generalsekretär Gorbatschow war ein Glücksfall der Geschichte. Seine ab Januar 1987 eingeleitete Reformpolitik von Glasnost und Perestroika veränderte die Sowjetunion nach innen. Damit schaffte Gorbatschow den Spielraum für die Demokratisierungspolitik in Polen und Ungarn. Diese Entwicklungen mussten auch Auswirkungen auf die DDR haben.

Es begann in Danzig. Im August 1980 waren die Arbeiter der Danziger „Lenin-Werft“ wie bereits 1970 komplett in den Ausstand getreten. Daraus entwickelte sich unter Leitung von Lech Wałęsa die Gewerkschaftsbewegung *Solidarność*, die drei Monate später bereits zehn Millionen Mitglieder, darunter eine Million Parteimitglieder der PVAP, zählte. Trotz der Verhängung des Kriegsrechts durch General Wojciech Jaruzelski und der Verhaftung und Internierung zahlloser *Solidarność*-Mitglieder kam Polen nicht mehr zur Ruhe. Im Oktober 1978 war der polnische Kardinal Karol Wojtyła zum Papst gewählt worden. Seine drei Besuche in Polen als Papst Johannes Paul II. wurden zur Bankrott-Erklärung des kommunistischen Systems und schafften starken Rückenwind für *Solidarność*. Im Frühjahr 1989 kam es zum Runden Tisch. Am 4. Juni setzte *Solidarność* die ersten, teilweise freien Wahlen durch und am 24. August wurde Tadeusz Mazowiecki zum ersten demokratischen Regierungschef Polens gewählt.

Seit 1988 liefen Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und der Bundesregierung mit dem Ziel, die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Im Januar 1989 hatten beide Regierungschefs per-

sönliche Beauftragte ernannt, die die Verhandlungen zu Ende führten. Das Ergebnis war eine „Gemeinsame Erklärung“. Sie hatte vor allem ein Ziel: die Reformpolitik Polens politisch, wirtschaftlich und finanziell zu unterstützen. Am Tag, als der Bundeskanzler nach Warschau zur Unterzeichnung flog, erfolgte überraschend die Öffnung der Mauer.

1984 war es zu ersten Gesprächen mit der ungarischen Führung gekommen. Sie intensivierten sich von Jahr zu Jahr und fanden ihren Höhepunkt, als Miklós Németh Ministerpräsident und Gyula Horn Außenminister wurde. Unter ihnen verfolgte Ungarn eine kompromisslose Politik in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft. Helmut Kohl hat diese Reformpolitik von Anfang an politisch und wirtschaftlich unterstützt. Im Sommer 1989 suchten von Tag zu Tag mehr DDR-Bürger Zuflucht in den Botschaften von Prag, Budapest, Warschau und in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin. Als Ungarn im Mai 1989 begann, den Eisernen Vorhang abzubauen, reisten zehntausende DDR-Bürger nach Ungarn. Am 10. September öffnete Ungarn seine Grenze und zehntausende DDR-Bürger reisten über Österreich nach Deutschland aus. Ungarn hat „den ersten Stein aus der Mauer gelöst“, erklärte Bundeskanzler Kohl in seiner Dankesrede im Dezember 1989 im ungarischen Parlament.

Polen und Ungarn waren entscheidende Vorreiter für den beginnenden Erosionsprozess in der DDR. Das historische Verdienst von Präsident Gorbatschow ist es, die sogenannte Breschnew-Doktrin nicht nur offiziell abgeschafft, sondern auch Wort gehalten zu haben, sich nicht mehr in die inneren Verhältnisse seiner Bündnispartner einzumischen. Das hat er weder in Polen noch in Ungarn und dann auch nicht in der DDR getan.

Bundeskanzler Kohl war von Anfang an entschlossen, die Reformpolitik Polens und Ungarns und ab 1988 auch in der Sowjetunion zu unterstützen. Als Präsident Gorbat-

schow im Juni 1989 nach Bonn kam, unterzeichnete er mit Helmut Kohl eine „Gemeinsame Erklärung“. Sie enthielt zum ersten Mal eine Aussage über das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und die „Anerkennung des Völkerrechts nach innen und nach außen“. Wie so oft hat die Öffentlichkeit nicht darauf reagiert. Entscheidend war darüber hinaus die Zusage von Helmut Kohl, die Reformpolitik Gorbatschows zu unterstützen, soweit dies möglich sei. Bereits im Januar 1990 ist Präsident Gorbatschow mit einer konkreten Bitte darauf zurückgekommen.

Mit dieser Strategie der Unterstützung der Reformpolitik in der Sowjetunion sowie in Polen und Ungarn sollte der Druck auf die DDR erhöht werden, ebenfalls Reformen einzuleiten oder sich weiter zu isolieren. Beides wäre zu einer Überlebensfrage der DDR geworden. Gleichzeitig intensivierte der Bundeskanzler die Beziehungen zur DDR mit dem Ziel, menschliche Erleichterungen zu erreichen und damit das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen zu stärken. Deshalb war Helmut Kohl schweren Herzens auch bereit gewesen, Generalsekretär Erich Honecker im September 1987 in Bonn offiziell zu empfangen.

Die Massenflucht der DDR-Bürger im Sommer 1989 stellte die SED-Führung vor nicht lösbare Aufgaben. Am 7. Oktober 1989 fand in Plauen die erste Großdemonstration statt. Zwei Tage später folgte die erste große Montagsdemonstration in Leipzig. Zahlreiche Demonstrationen schlossen sich in der ganzen DDR an. Sie begannen mit dem Slogan: „Wir sind das Volk“, und bald darauf hieß es: „Wir sind ein Volk“. Oppositionelle Gruppen wurden gegründet wie der „Aufbruch 89-Neues Forum“ oder der „Demokratische Aufbruch“. Der „Aufbruch 89“ sammelte innerhalb von zwei Monaten 200.000 Unterschriften. Am 18. Oktober wurde Erich Honecker gestürzt. Am 4. November kamen 500.000 Bürger in Ost-Berlin zu einer Kundgebung zusammen. Am 9. November fiel die Mauer.

Nach der Öffnung der Mauer überschlugen sich die Ereignisse. Weltweit wurde in den politischen Kreisen und in den Medien diskutiert, wohin diese Entwicklungen führen werden. Der amerikanische Präsident George H. W. Bush hatte in Reden und Interviews die Möglichkeit einer Wiedervereinigung angesprochen. Lech Wałęsa hatte gegenüber dem Bundeskanzler in Warschau angekündigt, dass jetzt die Wiedervereinigung kommen werde. Diese öffentliche Diskussion wurde immer diffuser und richtungsloser. Deshalb musste der Bundeskanzler die politische Führung national und international übernehmen.

Am 28. November legte er mit seiner berühmten „Zehn-Punkte-Rede“ im Deutschen Bundestag seine Strategie vor, wie die deutsche Einheit erreicht werden solle. Diese Strategie enthielt bewusst keinen Zeitplan. „Das Handeln von Helmut Kohl am 28. November 1989 war ein Beispiel von weltpolitischer Bedeutung“. Helmut Kohl habe die „Chance zur deutschen Vereinigung“ erkannt und „beschlossen, sie zu nutzen“. So war es, wie es Bundeskanzler Helmut Schmidt in seinem Buch „Außer Dienst“ beschreibt. 329 Tage nach dem Fall der Mauer war Deutschland geeint – friedlich. Kein einziger Schuss war gefallen. Alle Nachbarstaaten haben zugestimmt. So konnte Helmut Kohl am 4. Oktober 1990 im Reichstag erklären: Deutschland habe keine Feinde mehr. So hat Helmut Kohl und mit ihm die Union Geschichte geschrieben. Die Union sollte stolz auf ihn sein.

Literatur

Kohl, Helmut: Erinnerungen 1982–1990. – München: Droemer, 2005.

Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. – München u. a.: Piper, 2008.

Rödter, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. – München: Beck, 2009.

Teltschik, Horst: 329 Tage. Innenansichten der Einigung. – Berlin: Siedler, 1991.

Zelikow, Philip / Rice, Condoleezza: Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas. – Berlin: Propyläen, 1997.